



An den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses  
Herrn Andreas Wolter

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 28.10.2019

**AN/1475/2019**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Verkehrsausschuss	28.10.2019

**Kapazitätserweiterungen der P+R-Anlagen planen und priorisieren!  
Änderungsantrag zu TOP 1.2 „Kapazitätserweiterung der P+R-Anlage Königsforst,,**

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet, folgenden Änderungsantrag in die Tagesordnung der Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.10.2019 (TOP 2.1) aufzunehmen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt **ergänzt**:

**Beschluss:**

Mit dem Ziel einer Gesamtstrategie zum zügigen gesamtstädtischen Ausbau der P+R-Kapazitäten wird die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG und möglichen weiteren beteiligten Stellen beauftragt, kurzfristig alle P+R-Anlagen im Kölner Stadtgebiet auf Nutzung und Erweiterungsbedarfe zu prüfen. Weiterhin sollen potentiell neue Standorte festgelegt werden. Bei der Planung von Vergrößerung und Modernisierung aller P+R-Anlagen müssen gut gesicherte Abstellmöglichkeiten für private Fahrräder und Flächen für Mobilitätsstationen mit allen Sharingangeboten eingeplant werden.

Zur Beschleunigung der möglichen Erweiterungen der P+R-Anlagen wird die Verwaltung beauftragt, die aus der Untersuchung festgestellten Bedarfe in ihrer Dringlichkeit zur Umsetzung anhand geeigneter Kriterien zu priorisieren. Die Ergebnisse der Untersuchung sind dem Verkehrsausschuss zeitnah zu präsentieren und das weitere Vorgehen zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Begründung:**

P+R-Anlagen entlasten die Stadt vom MIV nachhaltig und stärken den ÖPNV in seiner Funktionalität. Daher ist der Ausbau jeder Anlage begrüßenswert und wie im Ursprungsantrag zu unterstützen. Dabei ist allerdings festzuhalten, dass die aktuell insgesamt zur Verfügung stehenden Park-and-ride Kapazitäten derart unzureichend sind, dass es dringend einer stringenten Gesamtstrategie und eines zielgerichteten, zeitlich straffen Umsetzungsplans bedarf, um attraktive und ausreichende Angebote insbesondere für Pendler\*innen zu schaffen, die diesen einen Umstieg auf den ÖPNV ermöglichen.

Eine Situation, wie sie sich aktuell im Kölner Westen darstellt und die im Umland zu recht scharf kritisiert wird, ist verkehrspolitisch nicht tragbar und verdeutlicht, dass die Verwaltung bislang ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept agiert: Maßnahmen zur Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs, die insbesondere zulasten der Pendler\*innen gehen, werden umgesetzt, ohne zeitgleich oder zumindest mit akzeptabler zeitlicher Umsetzungsperspektive ausreichende P+R-Kapazitäten in Weiden bereitzustellen.

Da bei einer wachsenden Stadt mit einem wachsenden Umland davon auszugehen ist, dass die P+R-Anlagen kurz- bis mittelfristig zu klein sind, wenn sie dies nicht schon jetzt sind, weitere Kapazitätserweiterungen nötig werden, bedarf es dringend eines planvollen Vorgehens von Politik und Verwaltung. An dieser Stelle sei im Übrigen nachdrücklich auf die Ratsbeschlüsse 2216/2014 vom 05.02.2014, 3434/2015 vom 10.05.2016 sowie schließlich 1177/2018 vom 27.09.2018 erinnert. Mit dem eingebrachten Änderungsantrag soll ein entsprechendes gesamtstädtisch planvolles Vorgehen sichergestellt und vorangebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin